

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 04.11.2003**

***öffentlich***

---

**Ort:** Ratshof, R. 105/107

**Zeit:** 16:30 Uhr bis Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorstellen der Arbeit:
  - 4.1. Des Kommunikations- und Begegnungszentrum des "Allgemeinen Behindertenverbandes Halle e.V."  
(Berichterstatterin Frau Dr. Radig)
  - 4.2. Der psychosozialen Kontaktstelle des "Stadtinsel e.V."  
(Berichterstatterin Frau Dr. Radig)
5. Entwicklung der Sozialhilfeausgaben für Hilfe für Menschen mit Behinderung  
(Berichterstatter Herr Schneller)

6. Haushaltskonsolidierung  
(Berichterstatterin Frau Schmidt)  
Stadträte bitte Statusbericht vom 03.09.2003 mitbringen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. Anfragen von Stadträten
9. Beantwortung von Anfragen
- 9.1. Beantwortung der Anfrage der Stadträtin Frau Schaffer bezüglich der Nutzung  
altengerechtes Wohnens  
(Berichterstatter Herr Schneller)
10. Anregungen
11. Mitteilungen  
  
Mitteilung zur Videoüberwachung in der Landsbergerstraße  
11.1. (Berichterstatterin Frau Schmidt)

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### **Wortprotokoll:**

Der Ausschussvorsitzende **Herr Kupke** wird entschuldigt. **Frau Haupt** als stellv. Ausschussvorsitzende, begrüßt die Mitglieder des SGA und alle Gäste herzlich und leitet die Beratung.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Wortprotokoll:**

**Frau Szabados** vertritt Frau Häußler im Wirtschaftsausschuss. Sie steht zu Beginn der Sitzung für direkte Anfragen, zur Verfügung.  
Es werden keine direkten Anfragen oder Probleme von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Ausschusses an Frau Szabados herangetragen.

### **Beschluss:**

Die Annahme der Tagesordnung, wie vorliegend, erfolgt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

### **Wortprotokoll:**

Die Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2003 erfolgt.

#### **zu 4      Vorstellen der Arbeit:**

##### **zu 4.1    Des Kommunikations- und Begegnungszentrum des "Allgemeinen Behindertenverbandes Halle e.V." (Berichterstatterin Frau Dr. Radig)**

---

#### **Wortprotokoll:**

**Frau Dr. Radig** stellt einige Informationen voran. Die öffentliche Rechenschaftslegung ist Bestandteil eines Fördervertrages der 2001 zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Träger geschlossen wurde.

Ein ausführlicher Bericht und intensive Gespräche haben im Vorfeld stattgefunden.

Insgesamt werden 28.100 € zur Verfügung gestellt. Davon beträgt die Miete allein 22.100 €. Personalkosten werden nicht gestellt.

**Herr Steffen** stellt die Arbeit des Kommunikations- und Beratungszentrums des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle e.V. im Überblick vor.

Zielgruppe sind vor allem behinderte Menschen und ihre Angehörigen. Neben einer Geschäftsführerin sind Mitarbeiter über Strukturanpassungsmaßnahme (SAM) und Zivildienstleistende tätig.

Das barrierefreie Begegnungszentrum in der Ernst-Abbe-Str., dient der „offenen Arbeit“. Von Jugendrelevanten Angeboten und Seniorenreff bis zur Hilfe zur Selbsthilfe durch aufsuchende Tätigkeit.

Ein Schlüsselproblem besteht in der Mobilität der Vereinsmitglieder und Gäste. Fahrzeuge werden benötigt. Momentan stellen Schülertransporte eine Einnahmequelle für den Verein dar.

In der anschließenden Diskussion gab es insbesondere Nachfragen und Beiträge zur Mitwirkungsmöglichkeit beim Stadtumbau und zur Nutzungsmöglichkeit des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch behinderte Menschen.

**Herr Richter** erkundigt sich nach der Einbindung des Vereins, als Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen, in den Prozess des Stadtumbaus auf politischer Ebene.

**Frau Merck** vom Allgemeinen Behindertenverband Halle e.V. erklärte, dass vom Verein Stellungnahmen zu Bauvorhaben erarbeitet werden. Ebenso erfolgt die Mitarbeit am „runden Tisch Verkehr“.

**Frau Haupt** erkundigt sich nach der Einbindung bei der Marktplatzgestaltung.

**Herr Dr. Fischer** weist auf erfolgte Informationsveranstaltungen, des GB V und des FB Stadtplanung, hin. Die Aufnahme von Hinweisen ist möglich.

**Herr Richter** fragte nach den Ursachen der drastisch zurückgegangenen Nutzerzahlen beim ÖPNV durch Menschen mit Behinderungen.

**Frau Merck** vom Allgemeinen Behindertenverband Halle e.V. erläutert anhand von Beispielen wie, hindernisreich z.B. die Nutzung der S-Bahn in Halle ist.

- Begleitpersonen fehlen
- 3- tägige Anmeldung vorher für Begleitpersonal erforderlich
- Chaos auf dem Bahnhof u.s.w.

In Kürze erscheint ein Behindertenführer, der in Zusammenarbeit mit einer Studentin erstellt wurde. Darin sind z.B. Parkmöglichkeiten und Behinderten WC ausgezeichnet.

**Frau Dr. Radig** resümiert am Ende der Diskussion:

Das Bestreben des Allgemeiner Behindertenverband Halle e.V. ist es, mit dem Kommunikations- und Beratungszentrum, einen Ort der Begegnung, der sozialen Einbindung und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, anzubieten.

Die Stadt hat, in diesem Zusammenhang die Fürsorgepflicht für behinderte Menschen mit geringem Einkommen.

**Frau Dr. Radig** bestätigt dem Verein eine gute Arbeit insbesondere für den hohen Mobilisierungsgrad im Ehrenamt.

Es wird jedoch noch eine stärkere planerische Kooperation mit dem Fachbereich Soziales und dem Behindertenbeauftragten gewünscht.

## **zu 4.2 Der psychosozialen Kontaktstelle des "Stadtinsel e.V." (Berichterstatterin Frau Dr. Radig)**

---

### Wortprotokoll

**Herr Dr. Jammernann** als Vorstandsvorsitzender stellt die Arbeit des Stadtinsel e. V. vor.

Die psychosoziale Beratung und Begleitung hat sich in den letzten Jahren entwickelt. Durchschnittlich waren 6 - 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwischen 1992 und 2000 ausschließlich über SAM und ABM tätig. 13 Selbsthilfegruppen wird Raum gegeben. Seminare und Schulungen werden angeboten.

### Aktuelle Situation

- Anerkennung als niederschwelliges Angebot für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen im Rahmen eines zusätzlichen Projektes „Chance pro Alter“
- Ambulantes Betreutes Wohnen für Halle und den Saalkreis als neues Projekt ab 2003
- Betreuung gerontopsychiatrischer Patienten als Kernaufgabe der „PSK“

### Aktuelles Problem

Über die Hälfte der vom Arbeitsamt geförderten ABM sind weggefallen, deshalb wurde ein Antrag auf Zusatzförderung für 0,25 Vollzeitstellen gestellt. Dazu finden Abstimmungen mit dem SPD i statt. Hintergrund ist der Versuch der Erhaltung des Beratungsangebotes für eine steigende Anzahl Betroffener.

**Frau Dr. Radig** schätzt die Angebote des Stadtinsel e. V. als wichtiges Element der gemeindenahen Psychiatrieversorgung ein. Die vertragliche Leistung der „PSK“ wurde in guter Qualität seit 2000 erbracht. Dennoch ist eine Aufstockung für den Bereich insgesamt nicht möglich. Ein Abwägungsprozess wird von der Verwaltung derzeit vorgenommen.

Die anschließende Diskussion wurde ergebnisoffen geführt.

**zu 5      Entwicklung der Sozialhilfeausgaben für Hilfe für Menschen mit  
Behinderung  
(Berichterstatter Herr Schneller)**

---

**Wortprotokoll:**

**Herr Schneller** informiert, dass der Ausgangspunkt eine Erhebung des Deutschen Städte Tages ist. Die Auswertung der Anzahl der Personen mit Behinderungen über den Bereich Schwerbehindertenausweis des Versorgungsamtes ergibt über den Zeitraum von 1997-2001 keine gravierenden Steigerungen in der Personenzahl. Die Kostenentwicklung und die Entwicklung der Personen, die in diesem Zeitraum Leistungen der Eingliederungshilfe erhielten haben sich kontinuierlich entwickelt.

Die Kosten im teilstationären/stationären Bereich weisen einen durchschnittlichen Zuwachs von 50 Personen im Jahr auf. Das entspricht einem Zuwachs von jährlich 3% mehr, damit würden im Jahr 2007 ca. 1.900 Personen Leistungen erhalten. Im ambulanten Bereich sind die Steigerungen noch gravierender. Dies ist auf die erweiterten Angebote im Betreuten Wohnen zurückzuführen.

Kommunen die dem Grundsatz der Pflege und Eingliederungshilfe folgen „Ambulant vor Stationär“ werden derzeit vom Gesetzgeben finanziell besonders belastet.

**zu 6      Haushaltskonsolidierung  
(Berichterstatterin Frau Schmidt)  
Stadträte bitte Statusbericht vom 03.09.2003 mitbringen**

---

**Wortprotokoll:**

**Frau Schmidt** trägt den Statusbericht 3. Quartal 2003 dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vor.

Die Vorschläge von Roland Berger wurden geprüft und umgesetzt.

Alle Fachbereiche wurden einer strukturellen und organisatorischen Untersuchung unterzogen.

Ein Problem für alle Geschäftsbereiche und Fachbereiche sind die stetigen (aktuellen und zu erwartenden) Gesetzesänderungen z.B. KIFÖG in diesem Jahr.

Die ständigen Veränderungen gestatten derzeit nur Hochrechnungen. Diese müssen auch so dargestellt werden.

**Herr van Rissenbeck** weist darauf hin, das bei der weiteren Gestaltung der Haushaltskonsolidierung gesetzliche Neuregelungen eine entscheidende Rolle spielen werden,

so beim den Hartz Gesetzgebungen, den Regelungen zur Gemeindefinanzierung und der Neuordnung der Sozialverwaltung im Land.

**Herr Richter** erkundigt sich nach den Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung und bittet um Darstellung der Leistungserbringung – was kann zu welchen Konditionen erbracht werden.

**Frau Schmidt** macht darauf aufmerksam, dass die Arbeitszeitverkürzung strukturell und organisatorisch auf die Bedürfnisse der Kunden der Stadtverwaltung Halle abgestimmt wird.

Eine Hochrechnung für den Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit, geht von einer Einsparung in Höhe von 300 Tausend € im Jahr, aus.

**Herr van Rissenbeck** weist darauf hin, das im Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit, schon seit Jahren für ca. 730 Erzieherinnen eine Arbeitszeitverkürzung mit 30 Stunden wöchentlich wirksam ist. Dadurch entstehen bei den Einsparungen der derzeitigen Arbeitszeitverkürzungen, für den Geschäftsbereich eine verzerrte Darstellung im Vergleich zu den übrigen Bereichen der Stadtverwaltung.

## zu 7      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**Wortprotokoll:** Keine

## zu 8      **Anfragen von Stadträten**

---

**Wortprotokoll:**

**Frau Haupt** trägt folgende Tendenz vor: Mietschulden von Familien steigen, ihr Eindruck ist es, dass die Wohnungsunternehmen schneller und rigoroser vorgehen als bislang üblich.

**Herr Schneller** sieht keine dramatische Entwicklung. Die Summe der insgesamt regulierten Mietschulden ist im Wesentlichen unverändert. **Herr Schneller** schätzt ein, dass sich daraus kein Handlungsbedarf ableitet.

**Frau Haupt** hat von einer Software für Architekten aus Österreich erfahren, in der die DIN Normen für barrierefreies Bauen zusammengefasst sind.

**Herrn Dr. Fischer** ist eine solche Software nicht bekannt. Er bezweifelt die Sinnhaftigkeit, da die DIN länderspezifisch ist. Dennoch hat er eine Recherche zugesagt.

## zu 9      **Beantwortung von Anfragen**

### zu 9.1      **Beantwortung der Anfrage der Stadträtin Frau Schaffer bezüglich der Nutzung altengerechtes Wohnens (Berichterstatter Herr Schneller)**

---

**Wortprotokoll:**

**Frau Dr. Radig** trägt die Beantwortung der Anfrage von **Frau Schaffer** vor.

Die Recherche war schwierig, da keine konkrete Adresse vorlag. Es handelt sich bei der Anfrage um Wohnungen der „Eignen Scholle“ im Angersdorfer Weg, Die Genossenschaft hat nur mit eigenen Mitteln gearbeitet. Damit liegt kein Handlungsbedarf der Verwaltung vor.

## zu 10 Anregungen

---

Wortprotokoll: keine

## zu 11 Mitteilungen

---

Wortprotokoll:

**Frau Scheller** informiert, als Sprecherin des Geschäftsführenden Initiativkreises über die Vollversammlung des Gesunde Städte-Projektes am 12.11.2003 im Stadthaus. Das Programm wird mitgeteilt. Interessenten aus dem SGA sind herzlich willkommen.

**Herr van Rissenbeck** informiert, dass Frau Häußler, Herrn Kupke schriftlich gebeten hat, in der Beratung des SGA im Dezember „Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2004“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Weiterhin bittet **Herr van Rissenbeck** die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses um Abstimmung des Sitzungstermins für den Januar 2004. Es wird der 13.01.2004 vorgeschlagen.

### zu 11.1 Mitteilung zur Videoüberwachung in der Landsbergerstraße (Berichterstatterin Frau Schmidt)

---

Wortprotokoll:

**Herr van Rissenbeck** informiert zur Einführung einer Videoüberwachung in der Landsberger Str. Stadtverwaltung Halle und Polizeidirektion haben vereinbart, dass im Laufe der nächsten Woche eine Videokamera installiert wird, die den Betrieb aufnimmt. Diese Maßnahme soll prophylaktisch wirken und zur Verdrängung der Szene führen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

---